reichs Unzuträglichkeiten seien Preußens Gelegenheiten, und er ist ausschweifend betreffs der Konzessionen, auf denen eine bessere Verständigung zwischen den beiden Ländern begründet sein muß. Lord Clarendon erhielt gestern vertrauliche Mitteilung, daß heute zum ersten Male, seit Graf Bernstorff Minister ist, ein Ministerrat abgehalten sei, und daß er hinsichtlich der inneren Angelegenheiten mehrere seiner Kollegen durch seine reaktionären Ansichten stark beunruhigt und verdrossen gemacht habe.

Deutsches Reich.

Leipzig, 16. Oktober.

* **Erweiterung der Einkommensteuer in Preußen.** Die gewöhnlich gut unterrichteten „B. P. N." bereiten darauf vor, daß die Progression der preußischen Einkommensteuer über den Satz von 4 v. H., der jetzt von Einkommen über 100 000 ℳ erhoben wird, gesteigert werden soll. Ob sich auf die Dauer die Höchststufe von 4 v. H. werde aufrecht erhalten lassen, scheine fraglich. Die finanziellen Verhältnisse Preußens entwickeln sich, wenn man sie an sich und im Hinblick auf die Verpflichtungen gegenüber dem Reiche betrachtet, so, daß eine Steigerung seiner Einnahmen ins Auge gefaßt werden müsse. Dabei aber dürfte die Erhöhung des bisherigen obersten Steuersatzes in erster Reihe eine Rolle spielen. Daß mit einer solchen Maßnahme etwas durchgeführt werden sollte, was zu drückend wäre, würde nicht behauptet werden können. In Hessen beispielsweise sei man bereits längere Zeit bei dem Höchstsatze von 5 v. H., in Sachsen-Meiningen wolle man den gleichen Satz demnächst erreichen und zwar schon bei den Einkommen von 63 000 ℳ ab. Man würde, so schreibt die genannte Korrespondenz, guttun, sich darauf einzurichten, daß auch in Preußen demnächst der Versuch zur Steigerung des bisherigen höchsten Steuerprozentsatzes gemacht werden wird.

* **Bayerischer Landtag.** (Kammer der Abgeordneten.) In der Generaldebatte zum Budget beurteilt Speck (Zentrum) das finanzielle Verhältnis der Einzelstaaten zum Reiche und betonte, die Matrikularbeiträge hätten das Maß des Erträglichen überschritten. Die Hoffnung des Finanzministers, die gestundeten Matrikularbeiträge nicht zahlen zu müssen, sei trügerisch. Das Reichsbudget für 1907 sei erheblich vorausbelastet; dazu säumen neue Forderungen für Flotte und Kolonien. Das Zentrum im Reiche sei bereit zu bewilligen, was die Erhaltung der Wehrkraft fordere, aber manche Forderung könnte zurückgestellt werden. Das Fallen der Reichs- und Staatsanleihen müßte die Reichsfinanzverwaltung vorsichtig machen. Der Geldmarkt werde durch die fortwährende Inanspruchnahme durch das Reich und die Einzelstaaten beunruhigt. Redner verlangt weiter die Berücksichtigung Süddeutschlands bei Vergebung von Lieferungen für die Flotte. Nach weiterer Debatte wird die Beratung vertagt.

* **Aus der Reichspostverwaltung.** Die Konferenz der Oberpostdirektoren und Direktoren der großen Ämter, welche vorige Woche im Reichspostamt stattfand, hatte die „Regelung", wie es in einem Teile der Presse hieß, der Beamtenverhältnisse keineswegs als Beratungsgegenstand auf ihrer Tagesordnung. Es waren, wie die „T. R." hört, lediglich technische sowie allgemeine Verwaltungsfragen, welche neben dem weiteren Ausbau der Einrichtung der gehobenen Unterbeamten durchberaten wurden. Damit fällt die Behauptung eines Berliner Blattes, Staatssekretär Kraetke wolle mit der Konferenz noch vor seinem bevorstehenden Rücktritt die anderweite Regelung der Beamtenverhältnisse seines Ressorts einleiten, in sich zusammen.

S. u. H. **Dr. Carl Peters und Herr von Bennigsen.** Dr. Carl Peters, der in Berlin eingetroffen ist, um zwei öffentliche Vorträge zu halten, veröffentlicht in der „Deutschen Tonnelpost" folgende Erklärung: Bei meiner Ankunft hier in Berlin erfuhr ich, daß mein Freund, Herr Generalleutnant z. D. v. Liebert vor kurzem erklärt habe, im Vorstande der Deutschen Kolonialgesellschaft sei kein Raum zu gleicher Zeit für Herrn v. Bennigsen auf der einen Seite und für ihn, Dr. Arendt, mich rc. auf der anderen. Dieser Auffassung kann ich mich nur anschließen und ich vermute, daß die Abteilungen der Deutschen Kolonialgesellschaft sich alsbald für die eine oder andere Alternative zu entscheiden haben werden, nachdem Herr v. Bennigsen bekanntgegeben hat, daß er seinerseits nicht resignieren werde. Dr. Peters führt dann weiter aus, Bennigsen wolle für Wahrheit, Recht und Menschlichkeit kämpfen, aber sein Verhalten gegen Peters widerspreche dem. — Diese ganze Auseinandersetzung läßt vermuten, daß es in der Kolonialgesellschaft noch zu harten Auseinandersetzungen kommen wird. Wir halten es für äußerst unglücklich, wenn in dieser Weise die Person des Dr. Peters bezw. die Stellungnahme zu ihr zu einer Art von Parole unter den Freunden der Kolonialpolitik gemacht werden soll. Man kann denn doch ein sehr warmer Freund unserer Kolonien sein, ohne die Taten des Dr. Peters zu billigen, und man kann unserer Kolonialpolitik keinen schlechteren Dienst erweisen, als wenn man sie kurzerhand mit der Person des Dr. Peters identifiziert.

* **Aus dem Ruhrgebiet.** Die Vertrauensmänner der westfälischen Bergleute werden am kommenden Sonntag zu einer neuen Konferenz zusammentreten. Es gewinnt die Annahme Wahrscheinlichkeit, daß für den Fall einer zwangsweisen Einführung der neuen Knappschaftsreform durch die Regierung die Aufnahme eines allgemeinen Bergarbeiterstandes der Ruhrbergleute beschlossen werden wird.

* **Beendete Streiks.** Der seit dem 16. September bestehende Bergarbeiterausstand in der Niederlausitz kann als erledigt betrachtet werden. Die Ausständigen sind vorgestern und gestern von den Ausstandsorten wieder zur Arbeit angenommen worden, soweit dies mit Rücksicht auf die inzwischen in erheblicher Zahl eingetretenen Ersatzarbeiter möglich. — Ferner wird aus Gießen gemeldet: Der seit mehreren Monaten andauernde Ausstand der Tabakarbeiter, in dessen Verlaufe 1200 organisierte Arbeiter ausgesperrt wurden, ist durch Verhandlungen vor dem hiesigen Gewerbegericht beendet worden. Die Arbeiter nehmen die Arbeit im wesentlichen zu den seitherigen Bedingungen wieder auf. Maßregelungen finden nicht statt.

* **Eine neue sozialdemokratische Zeitung.** Ein in Theißen stattgefundener sozialdemokratischer Parteitag für den Wahlkreis Weißenfels-Zeitz-Naumburg beschloß, vom nächsten Jahre ab ein neues Parteiblatt für den Wahlkreis zu begründen. Die Kosten werden auf 100 000 ℳ veranschlagt. Der Beschluß auf Begründung der Zeitung ist trotz des Einspruchs des früheren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Thiele-Halle, trotz dessen Hinweises, daß er seine Reichstagskandidatur niederlegen werde, gefaßt worden.

Friedens-Konferenz.

* **Sitzung vertagt.** Die für gestern anberaumte Plenarsitzung der Friedenskonferenz ist auf heute vertagt, da der belgische Delegierte Guillaume seinen Bericht über die Resolution über das Weltschiedsgericht noch nicht beendet hat.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Der Kaiser.** Das Befinden des Kaisers, welcher nachts fieberfrei war, war im allgemeinen nicht ungünstig, wiewohl die Nacht wiederholt durch Hustenanfälle gestört wurde. Die katarrhalischen Erscheinungen sind unverändert. Der Kaiser verließ das Bett um 5 Uhr früh, arbeitete sodann bis 8 Uhr morgens. Die eingetretene unwesentliche Erhöhung der Körpertemperatur dürfte im Laufe des Tages wieder auf die normale sinken. Der Kräftezustand ist gut. Die Stimmung des Kaisers war vormittags nichts zu wünschen übrig.

* **Die Aussichten der Ausgleichsvorlagen.** Der Ministerpräsident Freiherr v. Beck hat die Besprechungen mit den Parteiführern in der Angelegenheit des Ausgleichs fortgesetzt. Wie mitgeteilt wird, haben sich die Vertreter der deutschen Parteien in der jüngsten Konferenz mit dem Ministerpräsidenten in Angelegenheit des Ausgleichs äußerst reserviert verhalten und die Mitteilungen des Freiherrn v. Beck zur Kenntnis genommen, ohne irgendwie zu reagieren. Die betreffenden Abgeordneten vertreten den Standpunkt, daß sie sich erst dann ein Urteil über den Wert des Ausgleichs mit Ungarn bilden können, wenn sie in die Vorlagen Einblick genommen haben werden. Die mündlichen Mitteilungen des Ministerpräsidenten hätten um so weniger Wert, als dieser selbstverständlich sich bemühen muß, alles im rosigsten Lichte erscheinen zu lassen. Sollten Mittwoch die Ausgleichsvorlagen noch nicht eingebracht werden, so würden die deutschen Parteien auch den Ausgleichsreden des Ministerpräsidenten gegenüber die gleiche Reserve beobachten, und sollten sie in noch so schön gestimmten Sätzen die großen Errungenschaften der mühevollen Ausgleichsverhandlungen preisen.

* **Studenten-Demonstration in Pest.** Schon seit einiger Zeit veranstalten die klerikalen Studenten der Universität gegen den Professor Pichler, den Präsidenten der sozialwissenschaftlichen Gesellschaft, wegen seines freisinnigen Vortrages, Demonstrationen, welche gestern in wilde Krawalle und Raufszenen (!!) unter den Anhängern und Gegnern des Professors im Hörsaal und auf der Straße ausarteten, so daß die Polizei einschritt und die Demonstranten auseinandertreiben mußte.

Frankreich.

* **Aus dem Ministerrat.** Der Ministerrat beschäftigte sich mit der Lage in Marokko. General Drude telegraphierte, daß die Wiederherstellung des Friedens unter Mitwirkung von Muhabbi ben Djebah Zai, der über 3000 Gewehre verfüge, ihren Fortgang nehme. Da die Anwesenheit der nach Marokko gesandten Schiffe nicht mehr notwendig ist, wurde der Kreuzer „Admiral Aube" zurückberufen. — Die Regierung wird bei Wiedereröffnung der Kammer einen Gesetzentwurf einbringen, durch den ein Kredit von 6 Millionen für die überschwemmten Departements verlangt wird.

* **Nachklänge zum Winzeraufruhr.** Der Generalrat des Departements Hérault beschloß gestern mit 16 gegen 14 Stimmen, die Regierung um Begnadigung der Meuterer vom 17. Infanterie-Regiment zu ersuchen. Weiter beschloß der Generalrat die Veranstaltung einer Lotterie zugunsten der notleidenden Bevölkerung.

Italien.

* **Bluttaten der Ausständigen.** Die Streiks in Turin und Bologna endeten mit zwei Bluttaten. In Turin wurde ein Polizeikommissar an dem Zugang zur Arbeiterkammer von einem Arbeiter meuchlerisch mit einem Messer verwundet. In Bologna stellten vierzig Anarchisten den Gemeindeassessor Lambertini und erhielt er, als er sich wehren wollte, einen Dolchstich in die linke Brust. Sein Zustand ist ernst.

Belgien

* **Die Kongofrage.** Die bevollmächtigten Vertreter Belgiens und des Kongostaates hielten eine Sitzung ab zur Abfassung der Konvention über die Annexion des Kongostaates durch Belgien. Die Domäne wird unveräußerliches Eigentum Belgiens bilden, nur ihre Nutznießung verbleibt dem Souverän für die Zeit seines Lebens. Die Ueberführung der Krondomäne in die Form einer Aktiengesellschaft ändert daran nichts. Diese offiziöse Verlautbarung ist von Wichtigkeit, da sie die Bildung einer Majorität im Parlament für die Kongovorlage ermöglichen wird, die bisher sehr zweifelhaft war und Befürchtungen für den Bestand des Kabinetts Trooz erweckte. Gleichzeitig machten sich auch in den letzten Verhandlungen der Kolonialkommission Anzeichen bemerkbar, daß die bisher starr unnachgiebige Opposition der Rechten sich mit den liberalen Freunden der Kongo-Annexion auf mittlerer Linie über ein neues Kolonialgesetz und die Kongofrage verständigen werde.

* **Aus Antwerpen.** Die Vereinigung zum Schutz der Hafenarbeit beschloß in ihrer Generalversammlung eine Lohnerhöhung von 0,50 Frcs. für die Holz- und Getreidedecker sowie Prüfung der Lohnerhöhungsfrage für die in den anderen Zweigen beschäftigten Arbeiter durch eine Sonderkommission.

Rußland.

‖ **Die Kadettenfurcht.** Aus Petersburg wird uns geschrieben: Nach Wilijnow ist jetzt auch der Kadettenführer Hessen dem Machtspruch des Stadthauptmanns zum Opfer gefallen. Es erregt allerdings in liberalen Kreisen die größte Entrüstung, daß die Regierung es für möglich hielt, in letzter Stunde Hessen von der Liste zu streichen. Damit war natürlich der Partei der Volksfreiheit jede Möglichkeit genommen, einerseits nach einem geeigneten Ersatzmann Umschau zu halten, andererseits die Wähler von der geschehenen Kandidaten-Aenderung rechtzeitig in Kenntnis zu setzen. Man ist der Ueberzeugung, daß die perfide Maßnahme die Konsequenz haben werde, daß eine ganze Anzahl von Stimmen, die unter den jetzigen Umständen natürlich ungültig sind, für Hessen abgegeben werden. Selbst rechtsstehende Blätter verurteilen das Verfahren der Regierung aufs schärfste. Es lege deutlich davon Zeugnis ab, daß die Regierung Furcht habe, liberalen Persönlichkeiten, deren Ueberzeugungskraft und Oppositionsmut während der Verhandlungen der zweiten Duma wiederholt zu Tage trat, zum Beisitze der dritten Duma zuzulassen. Damit gebe die Regierung gleichzeitig das Zugeständnis ihrer eigenen Schwäche und trage zu einer bedauernswerten Schmälerung ihres Prestige bei.

* **Aus Lodz.** Nach fast dreimonatlichem Ausstande haben die Arbeiter von drei großen Tuchfabriken die Arbeit unter den früheren Bedingungen wieder aufgenommen.

Marokko.

* **Tagesbericht.** Gerüchtweise verlautet, daß der Magzhen alle Einwohner von Sefa entwaffnen ließ. — Die Mahalla Buchta ben Dagdaris wird jetzt aufbrechen und bei Lemsaa, 20 km südlich von Rabat, ein Lager aufschlagen. — Ungefähr 150 Krieger des Tadlastammes mit Gewehren moderner Konstruktion haben sich mit ihrem Anführer, dem Marabut Sidi el Hadj Mohammed el Hadjdrbi, bei Casablanca unterworfen. — Die Meldung eines Tangerer Blattes, daß der englische Konsul Madden während der Unruhen den in Gefahr befindlichen Europäern gastfreundliche Aufnahme verweigert haben soll, ist irrig. Madden war von dem Kommandanten Mangin eingeladen worden, als Zufluchtsstätte das französische Konsulat aufzusuchen, hatte das Anerbieten aber abgelehnt und war in außerordentlich gefährdeter Lage allein im englischen Konsulat zurückgeblieben.

Indien.

* **Die Hungersnot** ist so arg geworden, daß General Kitchener die Wintermanöver abbestellt hat, weil es unmöglich ist, die Verpflegung der Truppen durchzuführen.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer. 1. Präsidialansprache.

Geheimrat Dr. Mehnert eröffnete als Vorsitzender der Einweisungskommission um 6 Uhr 5 Minuten die Sitzung, die erste im neuen Gebäude. Haus und Tribüne sind voll besetzt.

Am Regierungstische befinden sich sämtliche Minister.

Dr. Mehnert begrüßt zunächst die erschienenen Mitglieder des Hauses mit folgender Ansprache:

Namens der Einweisungskommission heiße ich — altem Gebrauche getreu — Sie alle, die Sie hierher gekommen sind, um an den Beratungen des 32. ordentlichen Landtages teilzunehmen, willkommen. Zum ersten Male tagen wir in dem neuen Hause, das nach den ausgezeichneten Plänen eines hervorragenden Meisters der Baukunst unter Mithilfe trefflicher Künstler und unter sorgsamer und sachverständiger Leitung der staatlichen Baubeamten nach sechsjähriger emsiger und fleißiger Arbeit vollendet und gestern den beiden Präsidenten der letzten Ständeversammlung übergeben worden ist. Es sind heute gerade 132 Jahre verflossen, daß das alte Landhaus, das wir bei Schluß des Landtages auf immer verließen, einstmals von den Ständen besucht wurde. Ob auch dem neuen Raume beschieden sein wird, einen gleich langen Zeitraum die Stände des Landes zu beherbergen, wer will es wissen und voraussagen? Das eine aber wissen wir ganz genau, daß das stattlichste und stolzeste Gebäude für Land und Volk keinen Wert besitzt, wenn der Geist, der in dem Hause und in all seinen Arbeiten waltet, nicht getragen ist von wahrer Liebe zu unserem Vaterlande, wenn dieser Geist nicht fest und unerschütterlich wurzelt in der durch Jahrhunderte erprobten alten Sachsentreue. Und diese Treue wollen wir unwandelbar und ehrlich halten, im Frieden wie im Sturm, in guten wie in bösen Tagen; mögen die Zeiten kommen wie sie wollen. So mögen auch die Beratungen in diesem Hause jetzt und in aller Zukunft unserem geliebten Sachsenlande, unserem Sachsenvolke zum Segen gereichen. (Bravo.) Unser Tagewerk beginnen wir, wie wir es im alten Hause gewohnt gewesen sind, indem wir — eingedenk unseres verfassungsmäßigen Bekenntnisses, allezeit einzutreten für das unzertrennliche Wohl von König und Vaterland — unserem königlichen Herrn, unsere Huldigung darbringen mit dem Rufe: S. M. der König lebe hoch! (Das Haus stimmt dreimal in diesen Ruf ein.)

Es liegt mir nunmehr noch ob, das seit unserer letzten Tagung aus unserer Mitte geschiedenen Kollegen zu gedenken. Am 3. Mai

Feuilleton.

Die Frage nach Mord und Totschlag.

„Du sollst kein Menschenleben töten!" Das ist eine große Norm alten wie neuen Rechtes; eine Norm, die dem Schutz des Menschenlebens im allgemeinen, ohne Ausnahme, dient. Das war nicht immer so. Es gab eine Zeit, die dem schweren Verbrecher fortan jenen Schutz verweigerte; er konnte von jedem straflos getötet werden. Das Verbrechen war ein gesellschaftlicher und rechtlicher Selbstmord. Jene Zeit phantasievoller Rechtsbildung unterschied nun zwischen heimlicher und offener Tötung. Jene war der Mord und diese der Totschlag.

Eine neue bei heutigen zugrunde gelegte Einteilung nahm die Strafprozeßordnung Karls V. vor. Sie ging davon aus, ob der Tötungsvorsatz mit Ueberlegung gefaßt war oder nicht. Im letzteren Fall wurde Totschlag und im ersteren Mord angenommen. Dieser war die Tötung „mit Vorbedacht". Diese Einteilung ist grundsätzlich gerechtfertigt, denn im Prinzip kommt es ja darauf an, ob dem Tötungsvorsatz, d. h. dem auf rechtswidrigen tödlichen Erfolg abzielenden Entschluß, die Signatur der Ueberlegung oder des Affektes beizulegen ist. Aber das moderne Recht ist einen Schritt weiter gegangen und das mit gutem Grunde, nicht aber, ohne dabei zugleich Schwierigkeiten der Auslegung zu erzeugen. Von der Fassung des Entschlusses bis zur Ausführung der Tat ist mitunter noch ein weiter Weg. Es ist möglich, daß die Ueberlegung bei Fassung des Entschlusses fortdauert und bei Ueberschreitung der Brücke vom Entschluß zur Tat sogar noch während dieser besteht. Es ist aber auch denkbar, daß jene Ueberlegung auf diesem Weg zur Ausführung verloren geht oder daß wenigstens die Ausführung selbst nicht mit Ueberlegung erfolgt ist. Ueberlegung bedeutet hier das ruhige Abwägen aller für und wider sprechenden Gründe. Eine überlegte Tat ist eine solche, deren Ausführung um ihrer selbst willen bewußt gewollt wird. Eine unüberlegte Handlung ist aus anderen Motiven, z. B. große Erregung, in die Welt gesetzt.

Es sei nun z. B. angenommen, der Täter habe sich vor Unternehmung eines Diebstahls Waffen zugesteckt mit der Erwägung, eventuell eine Tötung begehen zu wollen. Die Ausführung dieses Entschlusses ist aber dann keineswegs mit Ueberlegung erfolgt, wenn jener Täter sich dann bei Verübung des Diebstahls zur Tötung des ihn überraschenden Hausherrn oder eine im Handgemenge mit diesem hinreißen läßt. In diesem Falle spricht das moderne deutsche Strafrecht von Totschlag. Es wird dann eben die ganze Tötung so behandelt, als ob schon der Tötungsvorsatz unüberlegt gefaßt wäre. Denn durch die unüberlegte Ausführung wird nachträglich die Ueberlegtheit des Vorsatzes illusorisch gemacht. Dementsprechend ist der heutige Mordbegriff im Verhältnis zum früheren wesentlich eingeengt. „Wegen Mordes wird fund zwar mit dem Tode) bestraft, „wer vorsätzlich einen Menschen tötet, wenn er die Tötung mit Ueberlegung ausgeführt hat".

Soll Mord vorliegen, so muß die Ausführung nicht minder wie der Entschluß Resultat einer Berechnung sein. Das Reichsgericht hält hier an der Auffassung fest, es müsse die Ueberlegung während der Dauer der Handlung vorhanden sein. Es muß nun, und das ist ebenso wichtig wie schwierig, festgehalten werden, daß die überlegte Ausführung nicht jede Erregung ausschließt. Erregung wird gewöhnlich das Symptom unüberlegter Handlungsweise sein, aber sie muß dann eben einen Grad erreicht haben, der bei der Ausführung jedes ruhige Abwägen der für und wider sprechenden Umstände aufhebt; die Erregung muß selbst zum Beweggrund geworden sein. Im übrigen ist es durchaus denkbar, daß die Erregung lediglich als Begleiterscheinung der Ausführung auftritt. Es wird die Zahl der Mörder nicht gering sein, deren Hände vor oder bei dem Todesstoß gezittert haben; und doch ist ihr wohlüberlegter Vorsatz mit voller Berechnung ausgeführt worden. Die überlegte Ausführung braucht eben nicht von jeder Ekstase frei zu sein. In solcher befindet sich mehr oder weniger jeder Verbrecher, der waghalsige wie der feige, der Gelegenheits- wie der Berufsverbrecher. Manchem wird erst in der Kaschemme oder der Weinstube Frechheit zur Tat geboren. Das hat mit „Ueberlegung" aber nichts zu tun, solange auch der Feigling der rechtsverletzenden Frechheit fähig ist.

Ferner soll die Ueberlegung während der Dauer der Handlung fortbestehen, d. h. nach der herrschenden Ansicht: bis zum völligen Abschluß der Tat. Genau genommen, müßte man die Ueberlegung vor allem für den Augenblick fordern, in dem, wenigstens vom Standpunkt des Täters aus, das Schwergewicht liegt, nämlich den Augenblick, in dem er die Brücke vom Entschluß zur Ausführung überschritten hat. Das Moment, in dem der Täter, vielleicht nach langem inneren Kampf, den Dolch erhebt und mit ihm sein Opfer, angenommen noch nicht tödlich, durchbohrt, das ist das entscheidende. Es ist erfahrungsgemäß vielfach der Fall, daß dann der Täter vielleicht noch eine Anzahl Stiche und Hiebe um der Gewißheit des tödlichen Erfolges willen zufügt, und man annehmen muß, daß diese letzteren Handlungen ohne Ueberlegung, ja möglicherweise in völligem Taumel vorgenommen sind. Trotzdem ist dann aber die Tötung überlegt ausgeführt; denn das, sozusagen motorische, Beginnen der Ausführung, war überlegt und sollte den tödlichen Erfolg schon herbeiführen.

Es ist nicht zu leugnen, daß es ungemein schwierig ist, diese Frage der „überlegten Ausführung" erschöpfend zu beantworten. Es ist nur möglich mit Rücksicht auf den einzelnen Fall. Dies besonders, wenn es sich um die Frage handelt, wie lange trotz der Erregung die Ausführung eine überlegte bleibt, wann also die Erregung nicht mehr bloß als Begleiterscheinung, sondern als Beweggrund anzusehen ist. Hier kommen eben in Betracht: die Verhältnisse, unter denen die Tat vorgenommen wurde, die psychischen und physischen Eigenschaften des Angeklagten, insbesondere sein Bildungsgrad. Nicht aber sollten bei derartigen rein logisch und sachlich zu erledigenden Fragen sentimentale Empfindungen für den Verbrecher ein Wort mitsprechen dürfen. Solange aber, wie heute leider so vielfach geschieht, das freche verbrecherische Raffinement mit Mut und Genialität verwechselt wird, solange wird man in ganz unbegreiflicher Voreingenommenheit sich für die schmutzigste Handlungsweise begeistern können und einer gerechten Vergeltung verständnislos gegenüberstehen.

Theater und Konzert.

Leipzig, 16. Oktober.

F. W. **Liederabend von Maria E. Orthen.** Ein Debüt, zu dem viel Wohlgesinnte sich eingefunden hatten. Der lebhafte Beifall, den sie spendeten, war nicht unbegründet nach Gesängen von vorzugsweise idyllischer Art. Frl. Orthen gab ihnen anmutige Gestaltung, entwickelte dabei ihres derzeitigen Könnens besten Teil, ein angenehmes Piano, das zwar von noch nicht vollendeter Atemkunst getragen, aber von schönem Sinn für zarte Schattierung diktiert wird. Auch Wärme des Gefühls ist der jungen Dame nicht abzusprechen, doch reichen ihre stimmlichen Mittel für größere Steigerungen keineswegs aus. Fräulein Orthens Mezzosopran hat (wie üblich bei dieser Stimmgattung) den meisten Reiz auf den Tönen der Mittelregion, während die Tiefe nur matt, die Höhe noch spröde ist, überdies von der Sängerin gern „angerissen" wird. Sobald Affektstellen zu überwinden sind, kommt es deshalb zu einer nichts weniger als wohllautenden Klanggebung. Man muß sich wundern, daß die Sängerin dies nicht selbst empfindet, daß sie, die intime Stimmungen verständnisinnig anzuschlagen vermag, im Leidenschaftlichen ihr Ohr so gar nicht zurate zieht. Wurden Schuberts „An die untergehende Sonne" und „Im Abendrot", auch Regers „Stille träumende Frühlingsnacht" in erquicklicher Finesse hingestellt, so erschienen Brahmsche Lieder („Unbewegte laue Luft" und Richard Straußens „Wie sollten wir geheim sie halten") außerhalb der Grenzen klanglicher Schönheit, waren verfehlte, weil gequälte Darbietungen. In der Höhe muß die Sängerin nicht nur hinzulernen, sondern umlernen. Aber auch wenn ihre Kopftöne williger geworden und die drei Klangfarben ihrer Stimme mehr auf eine gebracht sind, wird Frl. Orthen, sofern sie künstlerisch wirken möchte, sich im Fahrwasser des eigentlich Lyrischen halten müssen, den Ozean der Leidenschaft zu meiden haben. Sehr von Nutzen war der Debutantin Herr Pembaurs feinsinnige Begleitung. Mit seiner Gattin zusammen spielte der Künstler eine von Saint-Saëns über ein Beethovensches Thema geschriebene Variationenreihe für zwei Klaviere. Mehr als eine trockene Akademierede hat der französische Tonsetzer damit nicht geleistet. Die Wiedergabe des Werkes erfolgte in sauberem äußeren Anschluß, und obgleich man noch herausmerkte, daß Meister und Schülerin zusammenspielten, so musizierten sie doch auch in geistiger Hinsicht mit-, nicht bloß nebeneinander.

*

* **Kleine Chronik.** Aus Athen wird gemeldet: Die archäologische Gesellschaft beschloß, dem vor verstorbenen Professor Furtwängler ein Denkmal zu errichten, seine Mitarbeiter bei der Fortsetzung der Ausgrabungen zu unterstützen und die Ergebnisse der Ausgrabungen auf ihre Kosten zu veröffentlichen. Der Kronprinz, welcher Vorsitzender der Gesellschaft ist, stimmte dem Beschlusse zu. — Gläubiger des Berliner Zentraltheaters haben gestern die Einrichtung und die Kulissen des Zentraltheaters mit Arrest belegen lassen. Gestern abend fand die Vorstellung noch statt; ob heute gespielt werden kann, ist zweifelhaft, da sich die Angelegenheit heute an dem Gerichtstage entscheidet.